

## **Protokoll zur außerordentlichen Delegiertenversammlung im Bezirksverband der Gartenfreunde Pankow am 30.11.2023, Beginn 18 Uhr – Ende gegen 21:45 Uhr**

---

### Anwesende:

vom Bezirksverbandsvorstand: Frau Morgenstern, Frau Müller, Herr Müller und Herr Hardt

vom Landesverband: Präsident Herr Schoppa und sein Anwalt Herr Kuhnigk

von den Mitgliedsvereinen: 78 Delegierte (zum Beginn) und mehrere Gäste

Vor dem Gebäude an der Straße fand eine seitens des „Brandbrief e. V.“ angemeldete Demo von Initiator Herrn Quandt statt, an der zum Beginn etwa 40 Personen teilnahmen.

Herr Müller eröffnete die Versammlung. Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung des Bezirksverbandstages fest. Er begrüßt die Anwesenden, insbesondere den Präsidenten des Landesverbandes Herrn Schoppa und seinen Anwalt. Einige KGA/KGV haben Gäste entsandt. Diese wurden namentlich aufgerufen und stellen sich kurz vor. Die Delegiertenversammlung (DV) stimmt der Teilnahme der Gäste zu.

Herr Müller stellte sich selbst kurz vor. Er wurde nachträglich in diesem Jahr (Sommer) (gemeinsam mit Herrn Eisert, Alte Baumschule) vom Vorstand des Bezirksverbandes (BV) in den Vorstand berufen bzw. „kooptiert“. Das lässt die Satzung aktuell bis zu einer turnusmäßigen Neuwahl zu. Er ist der Ehemann von Frau Müller, die schon länger, also im Restvorstand ist. Herr Eisert ist inzwischen bereits wieder zurückgetreten.

Herr Müller teilt mit, dass es im Vorfeld schwierig war, eine(n) Versammlungsleiter:in zu finden. Mehrere Personen wurden angefragt, lehnten aber ab. Er bietet an die Aufgabe zu übernehmen. Eine offene Frage in die DV, ob jemand der Anwesenden übernehmen möchte, erfolgte nicht. Herr Müller wird zum Versammlungsleiter bestimmt. Im späteren Verlauf meldet sich an anderer Stelle ein Delegierter, der nach eigener Aussage schon mehrmals Versammlungsleiter war und sagt, dass er nicht angefragt wurde, er wirkte etwas irritiert.

Es folgte die Wahl der Mandatsprüfungskommission zur Feststellung der rechtmäßigen Anwesenheit der stimmberechtigten Delegierten. Hierfür erklärten sich 3 Delegierte bereit.

Herr Müller verlas den Bericht des Vorstandes zur Lage des Bezirksverbandes (BV) und für die zukünftige Arbeit des Verbandes. Dieser Bericht enthielt alle bereits bekannten Informationen, wie, dass und wann das Insolvenzverfahren eröffnet und Herr Prof. Dr. Martini als Insolvenzverwalter bestellt wurde. Dass sich inzwischen viele Gläubiger gemeldet und Forderungen angemeldet haben und die Kanzlei Martini alles überprüft. Weiterhin teilt Herr Müller mit, dass der Insolvenzverwalter grünes Licht gab zur Einstellung von 4 Mitarbeitenden im BV als geringfügig Beschäftigte. Diese wurden namentlich benannt. Hier fragte ich nach dem Hergang, denn es gab weder Ausschreibungen noch Informationen dazu. Laut Frau Morgenstern und Herrn Müller handelte es sich um bereits ehrenamtlich Helfende des BV, die gezielt seitens des BV Vorstandes an den Insolvenzverwalter gemeldet wurden. Leider wurden hingegen mein Unterstützungsangebot von vor vielen Monaten und meine Expertise aus dem Verbandswesen und im Vereinsrecht aus unerfindlichen Gründen nicht angenommen.

**Mehrere Mitgliedsvereine hatten im Vorfeld Anträge eingereicht, die der Reihe nach abgehandelt wurden:**

1. Reduzierung des Verbandsbeitrages
2. Aufklärung und Nachverfolgung der Veruntreuung von Finanzmitteln
3. Modifizierung der Finanzordnung
4. Änderung der Verbandssatzung / Einberufung einer Satzungskommission
5. Neuwahl eines Geschäftsführenden Vorstands / Personalfindungskommission
6. Auflistung Mitgliedsvereine ohne freiwillige Pachtzahlungen 2023; Vorschläge für Sanierungsbeiträge dieser Vereine
7. Kündigung der Verträge mit der VfR Stadtgrün GmbH (Frau Kleinau Firma)
8. Bekenntnis der Mitgliedsvereine zum Erhalt des Bezirksverband

Es wurde zum Beginn beantragt, den letzten Antrag 8 zum Bekenntnis für den Erhalt des BV vorzuziehen mit der Begründung, dass sich bei einem Versagen der Zustimmung alle anderen Anträge erübrigen würden. Dem folgte eine energische Diskussion. Es gab klare Gegenstimmen, die darin auch eine legitimierte Weiterführung mit möglicherweise denselben Personen sahen, anderen war der Antrag viel zu weitreichend:

**Beschlussantrag Nr. 8:  
Bekenntnis der Mitgliedsvereine zum Erhalt des Bezirksverbandes  
des Mitgliedsvereins KGP „Rosenthal Nord“ e.V.**

Alle Vereine, die im Verband der Gartenfreunde Pankow organisiert sind, bekennen sich per Beschluss zu folgendem:

- Die Forderungen zum Erhalt des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Pankow e. V. des Insolvenzverwalters Prof. Dr. Martini, ~~ohne Wenn und Aber~~ (wurde gestrichen) umzusetzen;
- alles in der Macht der Delegierten und Mitgliedsvereine (wurde eingefügt) Stehende zu tun, um einen Neuanfang des Bezirksverbandes zu ermöglichen.
- sich bereit zu erklären, aktiv mitzuwirken den Bezirksverband aus der Insolvenz herauszuführen.

**Begründung:**

Wer die Ereignisse rund um den augenscheinlichen Skandal im Bezirksverband 2023 mit Fakten und nicht mit unbewiesenen Parolen analysiert, muss zu der Erkenntnis kommen, dass es nur einen Weg aus dieser Krise gibt: Der Zusammenhalt und gemeinsames Handeln aller Vereine. Mit diesem Bekenntnis zum BV können wir erreichen, dass Prof. Dr. Martini uns aus der Insolvenz heraus bringt. Ohne dieses Bekenntnis wird es ungleich schwerer, die Sicherung der noch bestehenden Gärten in Pankow zu erreichen. Die Vergangenheit hat leider gezeigt, dass sich einige Vereine gegen alles sträuben, was notwendig ist, um aus dieser Insolvenz herauszukommen. Es steht jedem Verein unbestritten frei sich für seinem Dachverband zu bekennen, oder seinen eigenen Weg zu gehen.

Nach reichlich Diskussionen und der Empfehlung auch von mir, das totalitäre „ohne Wenn und Aber“ zu streichen, konnten wir uns mehrheitlich darauf einigen. Ich hielt den Antrag zuerst für entbehrlich und brachte ein, dass wir alle hier sind, um den BV zu erhalten. Darauf berichteten aber der Antragsteller und Herr Schoppa, dass dieses Bekenntnis zwingend nötig sei, denn der Insolvenzverwalter erwartet es als wichtiges Signal gegenüber den Gläubigern. Diese Information hatten ich und einige andere nicht. Ich konnte dem gut folgen.

Der Antrag wurde beschlossen.

Die nächste Beschlussfassung zu mehreren gleichlautenden Anträgen der KGK Krugpfuhl, KGV Gartenförde, KGA Am Feldweg, KGV Daheim 2 und KGA Am Koppelgraben stand an:

**Beschlussvorschlag Nr. 1:  
Reduzierung des Verbandsbeitrags**

Der außerordentliche Verbandstag möge beschließen:

Der Verbandsbeitrag wird auf 70,00 Euro pro beitragspflichtige Parzelle begrenzt. Der reduzierte Verbandsbeitrag 2024 kann vom Bezirksverband erhoben werden, wenn der Insolvenzverwalter im insolvenzrechtlichen Rahmen seine Zusage dazu erteilt. Nach der Zusage können die Verbandsbeiträge für das Jahr 2024 den Mitgliedsvereinen in Rechnung gestellt werden. Die im Jahr 2023 geleisteten erneuten Pachtzahlungen sollen nicht mit zukünftigen Verbandsbeiträgen verrechnet werden.

Ungeachtet dessen soll der erste Verbandstag nach Vorliegen des Sanierungsplans (Insolvenzplans) über Möglichkeiten beraten, wie die Unterpächter entlastet werden können, die ihre Pachten erneut entrichtet haben.

Es soll auch geprüft werden, ob 70 Euro angemessen oder zu hoch kalkuliert sind.

Der Antrag wurde mit dem Nachtrag: beginnend ab 1.1.24 beschlossen.

**Beschlussvorlage Nr. 2:  
Aufklärung und Nachverfolgung der Veruntreuung  
von Finanzmitteln**

Es wurden mehrere ähnlich lautende Anträge der KGK Krugpfuhl, KGV Gartenvörde, KGA Am Feldweg, und der Gartengemeinschaft Buch gestellt.

Der außerordentliche Verbandstag möge beschließen:

Die Ermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft und die Prüftätigkeit des Insolvenzverwalters werden vom geschäftsführenden Vorstand des Bezirksverbandes und von allen Mitgliedsvereinen im Bezirksverband Pankow uneingeschränkt und mit allen Kräften unterstützt. Der geschäftsführende Vorstand des Bezirksverbandes unterrichtet die Delegierten jeweils zeitnah über neue Erkenntnisse der Prüfungen.

Von der Bildung einer Untersuchungskommission wird angesichts der laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Prüfung des Insolvenzverwalters abgesehen. Mit einer geänderten Satzung und einer neu zu schaffenden Finanzordnung sollen strukturelle Voraussetzungen geschaffen werden, um eine Wiederholung der Geschehnisse auszuschließen, die zur Insolvenz des Bezirksverbandes geführt haben.

Auch hierzu wurde energisch diskutiert. Ich meldete mich zu Wort und mahnte die sich nur um den eigenen Zenit drehende Debatte an. Die Mitgliedsvereine sollten ihren Blick weiten, denn das Geschehene reicht weit über Pankows Grenzen hinaus. Schaden nahm das gesamte Kleingartenwesen in Berlin und damit alle Berliner Bezirksverbände. Ich erinnerte, wie wichtig jetzt die Außenwirkung sei und welches Signal die Politik erwartet, schließlich stünde noch das Kleingartensicherungsgesetz für Berlin im Abgeordnetenhaus bei den Parteien im nächsten Sommer auf dem Plan zum Erhalt aller Anlagen in Berlin. Ein schlechteres Image als jetzt kann es dafür nicht geben. Herr Schoppa bestätigte nach meinem Wortbeitrag, wie wichtig die Außenwirkung und das künftige Auftreten von Pankow ist.

Strafverfahren liegen jetzt gegen die gesamte Familie Kleinau vor, die alle im BV gearbeitet haben. Auch gegen die Tochter, dieses Verfahren wäre jedoch bei der Jugendkammer ansässig.

Herr Schoppa hat gegenüber der Justizsenatorin eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht, weil die Bearbeitung so lange dauert. Er erhielt die Zusicherung, dass es jetzt zügiger bearbeitet werde. Herr Schoppa berichtet weiter von einer sogenannten „Verdachtserhärtung“, die die Generalstaatsanwaltschaft bekanntgab. Demzufolge wird nun geprüft, ob Regressverfahren gegen alle, auch die verbliebenen Vorstandsmitglieder eingeleitet werden. Wie durch die Medien ja mitgeteilt wurde, lagen die Einkommen der im BV Tätigen weit über normal. Hier gilt es nun strafrechtliche Konsequenzen, zivilrechtliche Schadenersatzforderungen und eben Rückforderungsansprüche gegen die Gehaltsempfänger des BV zu prüfen. Mich (aber auch einige andere Anwesende) irritierte, dass bei diesen Verdachtsmomenten mehrere Delegierte immer wieder den Restvorstand lobten.

Der Antrag wurde beschlossen.

### **Beschlussvorlage Nr. 3: Modifizierung der Finanzordnung**

Es wurden mehrere ähnlich lautende Anträge der KGK Krugpfuhl, KGV Gartenvörde, KGA Am Feldweg gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der außerordentliche Verbandstag möge beschließen:

Die bestehende Finanzordnung wird im Rahmen der Überarbeitung / Neufassung der Satzung des Bezirksverbandes modifiziert. Dabei sind klare Regelungen zu treffen, wer bis zu welcher Höhe in finanzieller Hinsicht entscheidungsbefugt ist und welche Zustimmungsgremien in finanziellen Angelegenheiten zu beteiligen sind. Zugleich ist festzulegen, welchen Gremien in welchen Zeitabständen über die ordnungsgemäße Mittelverwendung, insbesondere bezüglich der vereinnahmten Pachtzinsen zu berichten ist. Die Rechnungslegung für Pachten und öffentlich-rechtliche Lasten bleibt Aufgabe des Bezirksverbandes gegenüber den Mitgliedsvereinen.

Bei diesen Anträgen bestand auch der Wunsch, dass einzelne KGV, die das wünschen, die Pacht direkt an die Eigentümer zahlen können. Das wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Viel Kritik wurde diesbezüglich an der Vergangenheit geübt. Kontrollinstanzen nahmen ihre Aufgabe nicht wahr. Herr Hardt berichtete, dass der Rechnungsprüfungsausschuss zwar nach den Unterlagen fragte, aber diese waren laut Frau Kleinau dann immer gerade beim Steuerberater... Faktisch wurde den Schilderungen nach a. m. S. gar nicht geprüft, sondern nur abgesehen.

Von der Delegierten der KGA Am Anger wurde mehrfach Wut und Enttäuschung dargelegt. Das ist die Anlage, bei der die Kleingärtner:innen ihre Fläche mitgekauft haben. Abgewickelt wurde alles über Frau Kleinau und Anwältin Frau Draack. Die Kleingärtner haben 200.000 Euro selbst bezahlt und komplett verloren. Das Geld ist beim Eigentümer nie angekommen. Nun haben sie noch zusätzlich 50.000 Euro für Notar, Anwalt usw. aufzubringen. Der Anwalt des Landesverbandes sagte, dass sie sich vorher einen Notar hätten nehmen sollen. Sie haben zu sehr vertraut. Die Delegierte sagte, dass die Anwältin des BV Frau Draack beteiligt war. Daraufhin wurden Stimmen laut, dass die Kanzlei Draack und Herold als Berater des BV grundsätzlich gewechselt werden sollte.

Der Antrag wurde beschlossen.

**Beschlussvorlage Nr. 4:  
Änderung der Verbandssatzung, Einberufung einer  
Satzungskommission**

Beschlussvorschlag:

Der außerordentliche Verbandstag möge beschließen:

Es wird eine Satzungskommission zur Neugestaltung der Satzung und der Ordnungen des Verbandes, insbesondere der Finanzordnung, berufen. Die Satzungskommission nimmt alle eingegangenen Anträge (Nr. 4a bis 4e) in ihre Arbeit auf und unterbreitet dem nächstmöglichen Verbandstag einen Entwurf der Satzung einschließlich Finanzordnung. Die Satzungskommission besteht aus einem Vorsitzenden/einer Vorsitzenden und vier weiteren Mitgliedern aus den Vereinen. Der Landesverband Berlin der Gartenfreunde e.V. wird mit seinem Vertragsanwalt als möglicher Rechtsberater für die Mitwirkung angefragt.

Da in der Beschlussvorschlag die Anträge 4a bis 4e benannt sind, füge ich sie hier zumindest mit Überschrift ein:

Beschlussantrag Nr. 4a

des Geschäftsführenden Vorstands des Bezirksverbands der Gartenfreunde Pankow e. V.:  
Berufung einer Satzungskommission zur Neugestaltung der Satzung und der Ordnungen des Verbandes, insbesondere der Finanzordnung.

Beschlussantrag Nr. 4b

des Delegierten Steffen Prowe unterstützt durch den Vorstand KGV „Daheim 2“ e. V.

- a) Bildung einer AG zur Überarbeitung der Satzung und
- b) Errichtung eines Kontrollgremiums.

Beschlussantrag Nr. 4c

des Delegierten Steffen Prowe unterstützt durch den Vorstand KGV „Daheim 2“ e. V.  
Satzungsänderung des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Pankow e. V.

Beschlussantrag Nr. 4d

des Delegierten Steffen Prowe unterstützt durch den Vorstand KGV „Daheim 2“ e. V.  
Satzungsänderung des Bezirksverbandes der Gartenfreunde Pankow e. V. bezüglich stimmberechtigten „Ersatzdelegierten“.

Beschlussantrag Nr. 4e - Beschäftigung Familienangehöriger im Bezirksverband des Mitgliedsvereins KGV „Am Koppelgraben“ e.V.

Für die Satzungskommission wurden 5 Delegierte gewählt, die sich bereiterklärten. Ich bin eine der 5 teilnehmenden Delegierten in der Kommission, die ihre Arbeit Mitte Januar 2024 aufnehmen wird.

Der Antrag zur Bildung einer Satzungskommission und die Personen wurden beschlossen.

**Beschlussvorlage Nr. 5:  
Neuwahl eines Geschäftsführenden Vorstands, Personal-  
Findungskommission**

Beschlussvorschlag:

Der außerordentliche Verbandstag möge beschließen:

Ein neu zu wählender geschäftsführender Vorstand oder eine neu zu bestimmende Kommission soll auf der Grundlage einer Analyse einen Vorschlag unterbreiten, wie sich jene Vereine solidarisch an der Sanierung des Bezirksverbandes beteiligen können, die durch den vermeintlichen Untreueskandal weniger stark als andere Vereine belastet waren.

Hier war man sich schnell einig, dass die Installation einer Personalfindungskommission sinnvoll ist. Diese Kommission soll auch Steckbriefe bzw. „Stellenausschreibungen“ erarbeiten: Was sind die Aufgaben des BV Vorstandes, wieviel Zeit muss aufgebracht werden und welche finanzielle Abgeltung gibt es dafür?

Vorgeschlagen wurden 3 Personen, u. a. Maja Bogs, unsere 2. Vorsitzende.

Der Antrag und die Personen wurden beschlossen.

**Beschlussvorlage Nr. 6: Auflistung Mitgliedsvereine ohne freiwillige Pachtzahlungen 2023, Vorschläge für Sanierungsbeiträge dieser Vereine**  
KGA Am Feldweg

Beschlussvorschlag:

Der außerordentliche Verbandstag möge beschließen:

Ein neu zu wählender geschäftsführender Vorstand oder eine neu zu bestimmende Kommission soll auf der Grundlage einer Analyse einen Vorschlag unterbreiten, wie sich jene Vereine solidarisch an der Sanierung des Bezirksverbandes beteiligen können, die durch den vermeintlichen Untreueskandal weniger stark als andere Vereine belastet waren.

Der Antrag wurde beschlossen.

**Beschlussvorlage Nr. 7:  
Kündigung der Verträge mit der VfR Stadtgrün Erhaltung GmbH**

Beschlussvorschlag:

Dem Insolvenzverwalter wird vorgeschlagen, sämtliche vertragliche Beziehungen mit der VfR Stadtgrün Erhaltung GmbH zum jeweils nächstmöglichen Zeitpunkt zu beenden. Die Delegierten sind über das Ergebnis zu informieren

Bei dieser Firma handelt es sich um die Firma von Frau Kleinau, die auch in den Räumen des BV eingemietet ist/war. Mietzahlungen wurden angezweifelt.

Der Antrag wurde beschlossen.

Der nächste Insolvenzverfahrenstermin im Amtsgericht findet Mitte Januar 2024 statt.

Die Delegiertenversammlung wurde beendet.

Abschließende persönliche, eindruckliche Worte meinerseits:

Die Stimmung insgesamt war stellenweise sehr aufgeheizt, blieb aber sachlich. Die Diskussionen verliefen teilweise sehr kontrovers und es gab konsequente Befürworter und Kritiker zu manchen Punkten. Dennoch konnte sich die Delegiertenversammlung in allen Punkten auf einen Konsens einigen. Ein Neuanfang war im Interesse aller und es gilt als wichtigste Aufgabe, die beiden Lager der Delegierten wieder zusammenzuführen. Das ist der Konsens, den ich für mich mitgenommen habe. Trotz der Kontroversen eine konstruktive DV.

Für Rückfragen stehe ich per Mail: jeannette-schulze@gmx.de gern zur Verfügung.  
Protokoll geschrieben am 05.12.23, Jeannette Schulze